

ihre Amtsführung gleicht sich mehr die eine der anderen an; die Verwunderung der Gläubigen wird vermieden, die häufig nicht einsehen, warum in der einen Diözese die Dinge so gehandhabt werden, in der anderen, ihr vielleicht angrenzenden, jedoch anders, ja zuweilen sogar ganz entgegengesetzt. Um dies aber zu erreichen, dazu vermögen sehr viel die gemeinsamen Konferenzen, die fast überall schon in Übung sind, wie auch die feierlicher abzuhaltenden Provinzial- und Plenarkonzilien, die im Kirchlichen Gesetzbuch angeordnet und unter feste Gesetzesbestimmungen gestellt sind.

Zur Verbindung und zum Austausch unter den Brüdern im Bischofsamt muß die Verbindung und der lebendige, häufige Austausch mit dem Apostolischen Stuhl kommen. Seit den ältesten Zeiten des Christentums besteht der Brauch, sich an den Apostolischen Stuhl zu wenden — in Fragen der Glaubenslehre, aber auch der Verwaltung und Disziplin. Beweise und Beispiele dafür liefern die alten Geschichtsquellen ergiebig. Und die Päpste haben, um ihre Meinung gefragt, nicht als Privattheologen geantwortet, sondern kraft ihrer Autorität, in dem Bewußtsein der von Christus dem Herrn empfangenen Gewalt, die ganze Herde und jedweden ihrer Teile zu regieren. Dasselbe ergibt sich aus den Tatsachen und Fällen, wo die römischen Päpste, ohne befragt zu sein, aufgekommene Streitfragen entschieden oder Zweifelsfälle vor ihr Gericht zogen. Die Verbindung und der sachgemäße Austausch mit dem Heiligen Stuhl haben also ihren Ursprung nicht in der Sucht, alles zu konzentrieren und gleichzuschalten, sondern in göttlichem Recht und in der Eigenart der Verfassung der Kirche Christi. Und dies ist nicht zum Nachteil, sondern zum Vorteil der Bischöfe, deren Leitung die Einzelherden anvertraut sind; denn aus der Verbundenheit mit dem Apostolischen Stuhl erhalten sie in Zweifelsfällen Licht und Sicherheit, in Schwierigkeiten

Rat und Kraft, für ihre Unternehmungen Hilfe, in Sorge und Not Erleichterung und Trost. Umgekehrt erhält aus den Beziehungen der Bischöfe zum Apostolischen Stuhl der letztere ausführlichere Kenntnis über den Stand der Gesamtkirche; er erfährt auch besser und schneller, welche Gefahren drohen und welche Mittel zur Heilung der Übel angewandt werden könnten.

Ehrwürdige Brüder, am Vorabend seines Leidens betete Christus zum Vater für die Apostel und für alle ihre Nachfolger im apostolischen Amt: „Heiliger Vater, bewahre sie in Deinem Namen, sie, die Du mir gegeben hast, daß sie eins seien wie wir. Wie Du mich in die Welt gesandt hast, so habe auch ich sie in die Welt gesandt . . . Die Liebe, mit der Du mich geliebt hast, sei in ihnen, und ich in ihnen“ (Joh. 17, 11 18 26).

So haben also Wir, Mitältester und Stellvertreter des Ewigen Hirten auf Erden, zu euch, Unseren Brüdern, den Ältesten (1 Petr. 5, 1) und Hirten eurer Herden, gesprochen an den Gräbern des Apostelfürsten und des heiligen Papstes Pius X.; zum Schluß Unserer Ausführungen wenden Wir mit Bedacht Unsere Gedanken wieder der Messe „Si diligis“ zu, von der Wir ausgingen und in deren „Präfation“ wir beten: „Du wollest als ewiger Hirte deine Herde nicht verlassen, sondern durch deine heiligen Apostel sie immerfort schützen und schirmen. Gib, daß jene Männer sie führen und leiten, die Du ihr gegeben hast, auf daß sie als Hirten und Vorsteher an Deiner Statt in ihr wirken“; und im zweiten Gebet nach der Kommunion fügen wir bei: „Herr, wir bitten, vermehre in Deiner Kirche den Geist der Gnade, den du ihr verliehen, daß auf die Fürbitte des heiligen Papstes Pius nicht dem Hirten der Gehorsam der Herden und der Herde nicht des Hirten Obsorge fehle!“

Das walte Gott zu euer aller Bestem nach dem Maß seiner göttlichen Huld!

## Die Kirche in den Ländern

### Bedrohung der Missionen in Indien

Nach einer Mitteilung der indischen Regierung sind in den letzten Monaten im ganzen sieben Ausweisungsbefehle gegen Missionare ergangen; sie betrafen vier Amerikaner, zwei Italiener und einen Franzosen. Ihnen allen wurde in dieser Mitteilung ein „zu beanstandendes Verhalten“ zur Last gelegt, dessen Einzelheiten bekanntzugeben aber nicht im öffentlichen Interesse liege.

Schon seit etwa 1<sup>1/2</sup> Jahren wird in Indien gegen die ausländischen Missionare Stimmung gemacht (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 181), und die Regierung erteilt nur noch sehr zögernd Visa für neu Einreisende. Nach einer Darstellung der indischen Bischofskonferenz wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1953 138 Visa beantragt, aber nur 54 genehmigt.

Ministerpräsident Nehru nimmt eine zwiespältige Haltung ein. Einerseits hat er öfters für die Tätigkeit der Missionare Worte hohen Lobes gefunden. Andererseits hat er vor dem Parlament erklärt, die Zahl dürfe nicht noch weiter steigen.

Was die Zahl der ausländischen Missionare und ihre Vermehrung betrifft, machen Regierung und Kirche verschiedene Angaben. Der Innenminister sagte, die Zahl

der Missionare sei seit der Unabhängigkeit des Landes bei den Protestanten von 1451 auf 2814 und bei den Katholiken von 820 auf 1869 gestiegen. Nach der Statistik der katholischen Bischofskonferenz dagegen betrug die Vermehrung des ausländischen Missionspersonals nur 247 Personen. Vor der Befreiung des Landes gab es nicht 820, sondern 1634 ausländische Missionsangehörige, von denen nur 29 in Goa und den französischen Enklaven lebten. Möglicherweise ist die starke Differenz in den Zahlenangaben z. T. durch die kriegsbedingten Internierungen und Ausweisungen zu erklären.

Aber das Fernziel der nationalen Indier und ihrer Regierung ist eine möglichst autochthone und von ausländischen Missionaren unabhängige Kirche. Daraus hat Nehru kein Hehl gemacht. In zwei Briefen an den Primas von Schweden, Erzbischof Brilioth, und an den Vorsitzenden des Rates der Christen von Indien und Pakistan, Bischof Mondel, hat er seine Auffassung dargelegt.

#### *Unabhängige Kirche gefordert*

In dem Brief an Brilioth schrieb er, die indische Regierung bekenne sich uneingeschränkt zum Grundsatz der Religionsfreiheit. Die Frage der ausländischen Missionare werde „in ihrem politischen, nicht in ihrem religiösen

Aspekt“ betrachtet. Im Norden Indiens hätten mehrere Missionare gegen die Zentralregierung agitiert. Andere hätten die Tendenz, Indien und seine Kultur herabzusetzen. Dann heißt es:

„Ein dritter Gesichtspunkt ist der, daß die Kirchen Indiens soweit wie möglich unabhängig sein sollten. Das heißt nicht, daß sie keine Helfer aus dem Ausland haben sollen. Wir haben in Indien die syrische Kirche, die seit mehr als 1800 Jahren hier war. Wir haben unsere eigene katholische Kirche, die in Indien seit mehr als 300 Jahren ein blühendes Leben geführt hat, besonders im Süden, und wir haben seit 100 oder 150 Jahren verschiedene Kirchen protestantischen Bekenntnisses. Diese Zeiträume sind lang genug, um eine eingeborene Kirche aufzubauen, die nicht allzuviel auf Hilfe von außen angewiesen zu sein braucht.

Keine unserer Erwägungen hatte irgend etwas zu tun mit einer Einschränkung der vollen Religionsfreiheit. Humanitäres Wirken und Erziehungsarbeit sind immer willkommen, und wenn wir über die rein missionarische Tätigkeit auch nicht begeistert sind, wollen wir ihr doch nicht im Wege stehen. Aber wenn die Mission sich mit einer gewissen Verachtung der indischen Kultur paart, führt sie zu Konflikten und Schwierigkeiten und wird von vielen abgelehnt . . .

Aus diesem Grunde sind wir etwas vorsichtig, um innere Spannungen zwischen der Missionstätigkeit ausländischer Missionare und dem nationalen Impuls vieler unserer Landsleute zu vermeiden . . . Die alte Vorstellung, daß Missionare in rückständige Länder gehen, um Heiden zu bekehren, unter denen man sich ein primitives und rückständiges Volk vorstellt, kann natürlich auf das heutige Indien kaum angewendet werden. Aber manchmal besteht diese Vorstellung noch weiter und hindert den freien und ebenbürtigen Austausch von Ideen, den wir ermutigen möchten.

Es gibt viele Arten ausländischer Missionare in Indien, und zweifellos haben sie gute Arbeit geleistet. Wir wollen ihr nicht in den Weg kommen, sondern sogar sie ermutigen. Aber unter der großen Zahl der Missionare sind andere, die nicht so erfolgreich waren und die sich den neuen Verhältnissen in Indien nicht anzupassen verstanden.“

In dem Schreiben an Bischof Mondel sagt Nehru: „Die Frage ausländischer christlicher Missionare in Indien wird von uns nicht unter dem Gesichtspunkt des Christentums betrachtet, sondern unter dem der Einwanderung von Ausländern . . . Eine uneingeschränkte Zulassung von Ausländern schafft politische Probleme, die uns in der Zukunft Schwierigkeiten bereiten könnten. Die Frage wird also nicht vom religiösen, sondern vom politischen und sozialen Standpunkt betrachtet.“

Die politischen und sozialen Probleme, auf die Nehru hier und bei anderen Gelegenheiten anspielte, ergeben sich zum Teil aus der Auffassung nationalistischer Kreise, daß jede Religion, die den Einfluß des Hinduismus zu mindern scheint, eine antinationale Tätigkeit entfaltet. Dieser Anschein wird durch die Anwesenheit ausländischer Missionare verstärkt. Die Regierung teilt gemäß der indischen Verfassung, die die religiöse Freiheit gewährleistet, zwar diese Auffassung nicht. Aber sie ist daran interessiert, ihr im Interesse der nationalen Befriedung diese Vorwände zu entziehen.

Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Mission zu gewissen sozialen und nationalen Spannungen geführt hat,

die besonders in den Zentralprovinzen, den Staaten Bihar und Madhya Pradesh, hervorgetreten sind. Die Einwohner dieser Gegenden sind in beträchtlicher Zahl keine ursprünglichen Hindu, sondern gehören zu der bei der arischen Einwanderung unterdrückten Urbevölkerung, den Adivasis. Im neunzehnten Jahrhundert nahm sich die christliche Mission dieser unterdrückten Bevölkerung an und erreichte, daß sie im Christentum die einzige Chance zur Besserung ihrer Lage zu sehen begann. Es gab Tausende von Bekehrungen und eine christliche Gemeinschaft von volkischem Eigencharakter, in der zeitweise der Gedanke staatlicher Autonomie erwachte. In dem Schutz, den die Mission dieser Minderheit angedeihen ließ, und in der Verbindung religiöser und eigenvölkischer Gefühle erblickten indische Nationalisten eine ähnliche Gefahr wie im Islam, der zur Spaltung Indiens in die Länder Indien und Pakistan geführt hat. Dies gilt von der gesamten christlichen Mission unter den nicht-hinduistischen Stammesgruppen.

Nehru begegnete nun diesen nationalen Befürchtungen mit der Einladung an die Christen, sich auf ihre Eigenständigkeit zu besinnen. Er gedachte dabei vor allem der syrischen Kirche, deren Anfänge ja nach der Überlieferung bis auf den Apostel Thomas zurückreichen (vgl. ds. Heft S. 112, wo die Fragen, denen sich die Kirche hier gegenüber sieht, dargestellt sind).

#### *Die Missionare und das Wohl des indischen Volkes*

Der katholische Episkopat Indiens, dem heute 40 Inder (gegen 16 im Jahre 1946) angehören, hat vorerst grundsätzlich gefordert, daß den ausländischen ebenso wie den indischen Missionaren volle Betätigungsfreiheit im Namen der Verfassung gewährt werden muß, und er hat ferner die ausländischen Missionare gegen die Verdächtigungen in Schutz genommen. So erklärte der Erzbischof D'Souza von Nagpur in einem Memorandum: „Seit der Innenminister Dr. K. N. Katju am 15. April 1953 seine bekannte Äußerung gegen die fremden Missionare gemacht hat, ging eine wahre Flut von Angriffen und Anwürfen auf Christentum und christliche Missionare in allen Gebieten in diesem Staate nieder. Schlimm ist, daß auch manche Person auf verantwortungsvollem Posten und hochgestellte Regierungsbeamte das Gewicht ihrer Autorität dieser schädlichen Propaganda liehen. In der Hitze des Kampfes war oft die Rede von antinationaler Tätigkeit der Missionare: sie wurden als Agenten ihrer imperialistischen Regierung verschrien. Dazu ist zu sagen:

1. Man muß wissen, daß das Christentum in Indien nahezu 2000 Jahre alt ist. In all den Jahrhunderten kamen Missionare von auswärts; aber von ehrgeizigem Streben nach Macht, Besitz, irdischem Reich kann keine Rede sein.

Diese Missionare gaben Heim und Vaterland auf, opfereten alles, was ihnen teuer war. Sie kamen aus keinem andern Grund, als Christi Botschaft von Frieden und brüderlicher Liebe den indischen Völkern zu predigen. Die ersten katholischen Missionare, die nach Madhya Pradesh vor mehr als 100 Jahren kamen, waren fünf Angehörige einer französischen Missionsgesellschaft. Sie und die nachfolgenden Missionare und Ordensschwester haben sich mit ihren zahllosen caritativen und Erziehungs-Instituten allüberall im Staate durch ihre selbstlose Arbeit für die Hebung des Volkes vor allem aus den armen, niedergetretenen und unerwünschten Kreisen unserer Gesellschaft ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Sie gingen völlig im Volke auf, und viele von ihnen wollten nicht mehr in ihre Heimat zurück. Fast alle haben es vorgezogen, ihre letzte Ruhestätte unter dem Volk zu wählen, dem sie dienten, in dem Lande, das sie aufrichtig lieben und hochschätzen lernten.

2. Tatsache ist, daß unsere katholischen Missionare von keiner Regierung je Befehle entgegennehmen . . .

3. Das Plenarkonzil der katholischen indischen Bischöfe vom Januar 1950 hat in seinen Akten die bedeutsame Entscheidung niedergelegt: Die fremden Missionare sollen frei von politischem Vorurteil, in voller Aufrichtigkeit so sprechen und handeln, daß die geistige Mission ihrer Arbeit im Lande und ihr Interesse an der Wohlfahrt des Volkes allen klar erscheinen . . .

. . . Wir bieten der Regierung alle Garantie, daß bei Unregelmäßigkeiten von seiten der Missionare unmittelbar Abhilfe geschaffen wird. Die katholische Kirche hat alle Vorkehrungen getroffen und auch die Mittel bereit, um solche Dinge zu ahnden.

4. Der oft gezogene Vergleich mit der angeblich antinationalen Tätigkeit der Missionare in China und Korea trifft hier nicht zu. Man weiß, der Kommunismus ist der geschworene Feind des Christentums, und überall, wo er seinen Fuß hinsetzt, müssen die christlichen Missionare verschwinden. Dabei besteht das einzige Verbrechen dieser Missionare in ihrem Glauben an Gott und an die unveräußerlichen Rechte der menschlichen Persönlichkeit. Aber schließlich ist der Kommunismus gegen jede Religion. Die Ausrottung des Christentums ist nur der erste Schritt im kommunistischen Programm; andere Religionen werden denselben Weg gehen. Dann aber kommt das Chaos . . .

Wenn die Bekehrung eine Folge der Überzeugung ist, so kann man nichts dagegen sagen, ja man hat alle Ursache, sie als einen Akt hohen geistigen Mutes zu begrüßen. Der Missionar geht nicht so voran, daß er etwa sagt: Ich werde dich unterrichten, ausbilden, heilen, vorausgesetzt, daß du ein Christ wirst . . . Kardinal Gracias hat einmal das Wort gesprochen: Katholische Missionare würden sich eines Sakrilegs schuldig machen, wenn sie die Taufe jenen spenden würden, die nicht einen gewissen wesentlichen Grad von Glauben erreicht haben und die nicht die christliche Religion um ihrer selbst willen wünschen . . .

Es ist peinlich, zu sehen, daß nicht nur fremde Missionare, sondern auch die ganze christliche Gemeinschaft in Madhya Pradesh mit Mißtrauen betrachtet wird. Wir können nicht glauben, daß das Verhalten mancher Staatsbeamter etwa von oben diktiert ist. Das ganze jetzige Vorgehen steht in Widerspruch zu Indiens traditionellem Geist der Toleranz. Auch im Ausland wird uns dieses Vorgehen nicht gerade Ehre eintragen. Wir wollen keine Bevorzugung, sondern nur weitgehende Erleichterung, unser Leben voll und ganz zu leben.“

#### *Konversionen unerwünscht*

Die Untersuchungen gegen die Missionare, von denen hier die Rede ist, beziehen sich vor allem auf den Vorwurf, daß die christlichen Glaubensgemeinschaften in unlauterer Weise Konversionen machen. Soweit behauptet worden war, daß die Missionare sözusagen Konvertiten kaufen, ist dieser Vorwurf entkräftet worden. Aber er hat bei den Indern noch einen tieferen Grund, der nur aus der diesem Volk eigentümlichen Auffassung von Religion zu verstehen ist. Der indische Staatspräsident Rajendra Prasad formulierte bei einer Rede in Tura in Assam die für uns

schwerverständliche indische Einstellung gegenüber der christlichen Mission so, daß er sagte, die Missionare sollten wohl volle Freiheit haben, das Christentum zu „predigen“ und im Sinne ihrer Religion caritative und erzieherische Wirksamkeit zu entfalten. Aber sie sollten das rein aus Liebe zum indischen Volk tun und nicht den Wunsch haben, Konvertiten zu gewinnen. Prasad sagte, dieses sei auch die Auffassung Gandhis gewesen.

Im gleichen Sinne meinte der Innenminister Kailas Nath Katju, man könne den bis dahin in Indien ansässigen Missionaren zwar das Recht auf Propaganda nicht verwehren. Aber die künftig einreisenden Missionare würden es nicht mehr erhalten. Sie sollten sich nur humanitären Werken widmen. Es scheint also so zu sein, daß man in Indien zwar das Christentum im Sinne des Austauschs der Ideen dulden möchte, aber mehr als früher gewillt ist, die dem Hinduismus eigene Tendenz zum Indifferentismus zu bewahren. Diese Absicht tritt in der „Rekonversionsbewegung“ zutage. Inder aus den unterdrückten Klassen, die zum Christentum übertreten, werden von Unterstützungen ausgeschlossen, und Christen dieser Schicht werden beeinflusst, wieder zum Hinduismus zurückzukehren. Diese Rekonversionen haben, vor allem bei Protestanten, sogar schon eine zahlenmäßige Bedeutung gewonnen. Aus allem geht hervor, daß das erwachende Nationalbewußtsein die Mission langsam, aber entschieden erschwert. In mehreren Fällen wurden auf Kongressen von sozialen Gruppen Entschließungen gefaßt, die von der Regierung verlangen, daß sie die christliche Missionstätigkeit völlig unterbinden oder doch stärker einschränken möge.

In dieser Richtung wird die Öffentlichkeit vor allem durch die extrem hinduistische Mahasabha-Bewegung beeinflusst, die in den letzten Monaten mehrfach Demonstrationen veranstaltete, bei denen alle Missionare zum Verlassen Indiens aufgefordert wurden, und die auch die hauptsächliche Trägerin der „Rekonversionsbewegung“ ist.

Ministerpräsident Nehru hat sich neuerdings in einem Schreiben an die Kongreßpartei gegen diese Methoden ausgesprochen. Er schrieb: „An manchen Punkten Indiens zeigt man sich bewußt feindselig gegenüber den Missionaren. Ich meine, diese Tendenz muß energisch bekämpft werden. Diese Feindseligkeit hat nichts mit unserm Nationalgeist zu tun. Sie sucht in engstirniger und fanatischer Weise ein Problem zu lösen, das unter dem Gesichtspunkt des nationalen Wohls in Ruhe studiert werden muß. Diese Feindseligkeit hat zur Folge, daß unter den indischen Christen, die doch ein zahlenmäßig starkes und bedeutendes Element der nationalen Gemeinschaft darstellen, ein Gefühl der Unsicherheit entsteht. Alles, was solche Besorgnisse bei irgendeiner Gruppe von Indern hervorruft, ist verwerflich. Alles das stört den Frieden des Staates und steht im Widerspruch zu unserm Ideal des Laienstaates. Wir dürfen nie vergessen, daß die religiösen Minderheiten: Muselmanen, Christen, Sikhs, Parsen, Buddhisten, Juden und Jains, ebenso zu Indien gehören wie die anderen. Sie nicht als Inder zu betrachten entfernt uns von unserm demokratischen Laienideal und bedroht die Einheit Indiens.“

Doch in dem gleichen Schreiben entwickelt Nehru von neuem den Gedanken, daß in Zukunft an die Einwanderung von Missionaren gewisse Maßstäbe angelegt werden müßten, „die nichts mit Religion zu tun haben“. Es müsse aus politischen und sozialen Gründen geprüft werden, ob sie nicht Tätigkeiten ausüben, „die wir nicht ermun-

tern möchten“. „Ihre politischen und sozialen Ideen könnten von den unseren verschieden sein.“ „Die Tätigkeit der Missionare unter den sogenannten Ureinwohnern in den Stammesgebieten hat zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben. Die Tätigkeit der Missionare in ihrer Mitte erzeugt oft in den Köpfen der Masse eine Verwirrung, die zu Konflikten führen kann. Es ist schwer zu behaupten, daß es sich in ihrem Falle um Bekehrungen handelt, die persönlicher Überzeugung entspringen.“ Vom politischen Standpunkt aus wünscht Nehru auch nicht, daß die Missionare sich in den Grenzgebieten niederlassen.

### *Die Zukunft*

Der Präsident von Indien, Rajendra Prasad, äußerte sich im August vor einer katholischen Versammlung in der Kirche zu Mysore bei Gelegenheit eines Besuchs, den er bemerkenswerterweise der katholischen Gemeinde abstattete, zur Frage der Missionen. Er lobte deren Tätigkeit, die freilich von Natur aus manchem Mißverständnis ausgesetzt sei. Man müsse deshalb darum bemüht sein, solchen Mißverständnissen vorzubeugen. Diese Rede wird im Sinne eines Kompromisses gedeutet, derart, daß man die bestehenden Missionen im allgemeinen großzügig behandeln, aber bei neu einzurichtenden politische und soziale Bedingungen stellen wird.

Auch aus einer Rede, die der Erzbischof Pothacamery von Bangalore Ende Oktober hielt, ist zu entnehmen, daß die verschiedenen Schritte des Episkopates bei der Regierung „von Erfolg begleitet waren“. Dies läßt darauf schließen, daß bezüglich der Behandlung der ausländischen Missionare eine Verständigung erzielt werden konnte, bei der wenigstens die Sorgen für die unmittelbare Zukunft behoben werden.

Auch Kardinal Gracias von Bombay hob in einer Rede anfangs Oktober mit Nachdruck die freundliche Haltung der Regierung hervor, aus der sich die Hoffnung ergebe, daß die Dienste, die die ausländischen Missionare dem Lande leisten, zu voller Verständigung über ihre fernere Zulassung führen werden.

Der Kardinal begrüßte auch in einer weiteren Rede vor dem Rotary-Klub von Nagpur die Beziehungen Indiens zum Heiligen Stuhl als eine außenpolitische Entscheidung von größter Bedeutung. Freilich hat die indische Regierung auch darüber eine bemerkenswerte und für die Schwierigkeit ihrer vermittelnden Rolle bezeichnende Auffassung kundgetan. Nehru erklärte am 2. Oktober vor dem Parlament: „Indien hat den Papst nicht in seiner Eigenschaft als religiöses Oberhaupt anerkannt, die er natürlich hat, sondern als Oberhaupt eines unabhängigen Staates. Freilich ergibt sich die Tatsache, daß der Papst das Oberhaupt eines souveränen Staates ist, aus seiner anderen Stellung.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegenwärtige indische Regierung die religiöse Toleranz ernst meint, die Gleichberechtigung der Christen achten möchte und sowohl aus politischen wie aus religiösen und rechtlichen Gründen loyal ist. Doch darf man sich dadurch nicht über den Zwang zur Vorsorge für die fernere Zukunft hinwegtäuschen lassen.

In einem sicher gut informierten Aufsatz in den NCWC-News vom 23. 8. 1954 faßt Hieronymus D'Souza die Aussichten der Missionen wie folgt zusammen: Man muß davon ausgehen, daß die Missionen auch in der britischen Zeit nicht ganz uneingeschränkt wirken durften. In manchen Fürstentümern waren die Missionare ausgeschlossen,

in anderen Gebieten durften katholische und protestantische Glaubensboten nicht gleichzeitig arbeiten. Es gab auch ein Verbot politischer Tätigkeit und manche Ausweisung und Internierung. Im Vergleich dazu hat das freie Indien bisher die Missionstätigkeit begünstigt. In Zukunft wird diese Haltung gegenüber den bestehenden Missionen sich nicht ändern. Doch muß man sich damit vertraut machen, daß zukünftig einreisenden Missionaren nicht ohne weiteres die gleichen Rechte zugebilligt werden. Sie werden den allgemeinen Bedingungen für Ausländer unterworfen sein. Schon bei ihrer Zulassung wird geprüft werden, ob ihre Anwesenheit im einzelnen Falle erwünscht ist.

Die Vorurteile gegen die Missionare beruhen, wie D'Souza sagt, teils auf politischen Einmischungen mancher Missionare, besonders unter den Ureinwohnern in den Stammesgebieten, die deren Eingliederung in den allindischen Nationalverband erschwerten, teils auf einer gewissen Indifferenz gegenüber der indischen Kultur, teils auf undurchsichtigen Methoden bei der Bekehrung, ein Vorwurf, der anscheinend vor allem amerikanischen Denominationen gegenüber erhoben wird.

Pater D'Souza schließt seine Betrachtung mit folgenden Sätzen: „Die Lage bleibt im Augenblick bis zu einem gewissen Grade unklar. Die christliche Gemeinschaft hat Hoffnungen, daß als Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen (zwischen den Führern beider christlicher Konfessionen und der Regierung) eine Politik herauskommen wird, die auf die Indisierung der Kirche hinzielt, aber die Interessen der Christen nicht verletzt. Bisweilen sind die Schwierigkeiten aus der Verschiedenheit der Politik der einzelnen Staatsregierungen entstanden, die besonders bei der Visum-Erteilung den Ausschlag geben. Es besteht die Tendenz, das nun in New Delhi zu zentralisieren. Das wird gewisse augenblickliche Härten in einzelnen Staaten beseitigen. Die indischen Christen werden sich nicht zufriedengeben, bis Indien im Interesse voller Religionsfreiheit frommen Männern und Frauen, deren Methoden und Motive über allen Verdacht erhaben sind, gestattet, daß sie nach Indien kommen, einfach um das Evangelium den Nichtchristen zu predigen.“

Zwischen diesem Wunsch der Christen und der Auffassung der Regierung sowie der Mehrheit des Volkes liegt aber, wie man sieht, ein Unterschied, der nur durch eine rasche und tiefe Einwurzelung des Christentums in die indische Kultur zu überbrücken ist. Je mehr die politische Weltlage Indien unter die führenden Nationen der Welt erhebt, desto schwieriger wird sich das dadurch gesteigerte junge Nationalbewußtsein gegenüber jeder europäischen oder amerikanischen kulturellen Beeinflussung gebärden.

### *Der Konflikt um Goa*

Unter dem Gesichtspunkt der missionarischen Akkommodation und, übrigens, der Grundsätze des Naturrechts muß die katholische Welt auch zu den Ansprüchen Indiens auf Wiedergewinnung der portugiesischen Kolonie Goa Stellung nehmen.

Seit 1947 fordert die indische Regierung die ausländischen Enklaven zurück, und sie hat in diesem Jahre gegenüber Frankreich einen vollen Erfolg gehabt. Portugal dagegen verhält sich abweisend. Die bedrohte Lage in Asien wurde in den vergangenen Monaten dadurch um eine Spannung reicher. Die katholische Presse Europas hat, wie uns scheinen will, überwiegend für Portugal Partei ergriffen. In Portugal selbst fanden Wallfahr-

ten nach Fátima statt, um den indischen Anspruch abzuwenden. So verständlich es ist, daß die Portugiesen einen Besitz, den sie vierhundert Jahre innehatten, nicht aufgeben wollen, muß doch in dieser Frage besonders darauf geachtet werden, daß nicht etwa religiöse und politische Argumente vermischt werden. Es könnte auf die Völker und selbst auf die Christen in Asien und Afrika einen verhängnisvollen Eindruck machen, wenn koloniale Ansprüche, die selbstverständlich auf politischen und wirtschaftlichen Wünschen beruhen, religiös begründet oder auch nur gestützt werden. Der portugiesische Ministerpräsident Salazar hat in dieser Beziehung eine vornehme Zurückhaltung bewiesen. Aber es würde genügen, wenn die öffentliche Meinung Religion und Politik vermengte.

Es ist richtig, daß Goa unter portugiesischer Herrschaft in der Vergangenheit ein entscheidender Stützpunkt für die katholische Mission in Asien war. Der Bischof von Goa war einmal das Oberhaupt der Gebiete zwischen dem Kap der Guten Hoffnung und Japan, und die Diözese wurde in Anerkennung dieser Bedeutung 1886 zum Patriarchat erhoben. Diese Bedeutung ist aber im Lauf der Zeiten und im Zuge der missionarischen Fortschritte geringer geworden und heute völlig geschwunden. Es ist zweifelhaft, ob man Goa, wie „Le Monde“ es noch am 6. Oktober 1954 tat, das „kleine Rom des Orients“ nennen oder die Behauptung aufstellen kann, daß Goa von Indien durch die Tatsache getrennt sei, daß es „ein altes katholisches Land“ ist, wie wir es in „L'Actualité“ (1. 10. 1954) lasen. Der Anteil der katholischen Bevölkerung in Goa beträgt heute, nach vierhundertjähriger Mission, etwa 50%, und es gibt Gebiete im angrenzenden Indien, die einen höheren katholischen Bevölkerungsanteil besitzen.

Man muß auch die Argumente der Goanesen hören, die Gegner der portugiesischen Herrschaft sind. Sie verlangen in dieser Frage den Grundsatz festzuhalten, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht dadurch beeinträchtigt werden darf, daß die bisherige Vormacht sich als Schützerin der Religion ausgibt. Kardinal Gracias hat erklärt, daß die religiösen Befürchtungen für den Fall der Angliederung an Indien ganz unbegründet sind. Der Kardinal sagte: „Wenn fünf Millionen Katholiken in Indien die Möglichkeit haben, ihr religiöses Leben zu führen, ist dann zu fürchten, daß der Viertelmillion Katholiken in Goa Beschränkungen auferlegt werden? Und wenn große katholische Gemeinschaften in Mangalore, Malabar, Tamilnad und Bihar ein blühendes Leben führen, ist es wahrscheinlich, daß die von Goa ausgerottet werden wird?“ Auch Ministerpräsident Nehru hat es bedauert, daß die Auseinandersetzung um das Recht auf Goa mit religiösen Begründungen belastet worden ist. Er sieht

darin mit Recht eine unangebrachte Diskriminierung Indiens. In Indien, so sagte Nehru, gab es eine Christenheit, längst ehe Portugal missioniert wurde.

Es müsse, so wird weiter argumentiert, anerkannt werden, daß der portugiesische Anspruch auf Goa nicht mehr mit religiösen Argumenten gestützt werden kann, die in der Vergangenheit ihre historische Berechtigung gehabt haben mögen. Wenn das dennoch geschehen sollte, würden die Inder sicherlich die christliche Aufrichtigkeit gegenüber dem Naturrecht bezweifeln.

Was die naturrechtliche Seite des Streitfalles betrifft, so behauptet Portugal, Goa sei keine Kolonie, sondern ein Bestandteil des Mutterlandes. Nun gäbe es eine tatsächliche Bestätigung dieser These. Sie bestünde in der Gleichberechtigung der Bevölkerung dieses Landesteils. Davon könne aber keine Rede sein. Alle wichtigen Stellen in Goa, einschließlich der kirchlichen, sind in portugiesischer Hand. Dagegen sind 25% der gebürtigen Goanesen in Indien ansässig, wo sie ungehindert vorwärtskommen. Mehrere Mitglieder der indischen Hierarchie stammen aus Goa. Auch der Kardinal von Indien trägt einen portugiesischen Namen. Ebenso wenig überzeuge das portugiesische Argument von der „Kultureinheit“, die zwischen Goa und Portugal bestünde. Nur 8% der Goanesen sprechen portugiesisch, und die Kultureinrichtungen, insbesondere die Schulen, die den Goanesen zur Verfügung stehen, sind dürftig. Ein objektiver Beurteiler müsse feststellen, daß es sich in Goa um eine Bevölkerung handelt, die unter einer Fremdherrschaft steht und die deshalb einen naturrechtlichen Anspruch auf völkisch-staatliche Selbstbestimmung hat. Der gerechte und faire Weg zur Entscheidung dieses Falles läge darin, daß die zukünftige Zugehörigkeit von Goa zu Portugal oder zu Indien von einer Volksabstimmung abhängig gemacht würde. Es sei bezeichnend, daß die europäische Macht in diesem Teil ihres „Mutterlandes“ polizeiliche Gewaltmaßnahmen gegen diejenigen anwendet, die sich für eine solche Entscheidung einsetzen. Abgesehen davon, daß das nicht notwendig wäre, wenn die portugiesischen Argumente stimmten, falle es auf, daß die Schutzmacht des Katholizismus in einer Anzahl von Fällen auch gegen katholische Geistliche Gewalt angewendet hat, die sich ihrer politischen Konzeption nicht fügten.

Goa sei also geographisch, ethnisch, kulturell, wirtschaftlich und letztlich auch historisch ein Teil von Indien, und die Katholiken Portugals erwiesen der Gerechtigkeit und so auch der Kirche den größeren Dienst, wenn sie sich einer unausbleiblichen Entwicklung nicht länger in den Weg stellten. Sie sollten dem britischen Beispiel folgen.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Die katholische Kirchenmusik heute

Die katholische Kirchenmusik ist heute aus dem Ghetto des Cäcilianismus heraus. Sie wird wieder ernst genommen im Rahmen der zeitgenössischen Musik und steht mitten in deren Entwicklung. Das durch die musikhistorische Situation bedingte allgemeine Interesse an der Musik des Mittelalters betrifft die katholische Kirchenmusik unmittelbar, denn es ist ja ganz überwiegend ka-

tholische Kirchenmusik, was die Musikwissenschaft fast täglich an neuen Ausgaben mittelalterlicher Musik zugänglich macht. Aus demselben Grunde wie die mittelalterliche Musik erfreut sich heute der Gregorianische Gesang, der jahrhundertlang „den Heiden eine Torheit“ gewesen ist, der Aufmerksamkeit fast jedes Musikers und Musikfreundes. Währenddessen bringt die Liturgische Bewegung das seit Jahrhunderten verfestigte Gefüge unserer Liturgie in Bewegung und steht mit ihrer Forderung